

# Ulbricht reorganisiert die Macht

## „Sonderkommissionen“ schalten Regierungsorgane aus

Die politischen Ereignisse nach Genf haben zusammen mit der sowjetischen Absage an die deutsche Wiedervereinigung auch den SED-Chef Ulbricht wieder in den Vordergrund gespielt. Die angespannte Wirtschaftslage der Sowjetzone scheint darüber hinaus die Sowjets zu veranlassen, wieder einen „starken Mann“ an die Spitze des Zonenregimes zu setzen. Die ihm dadurch zufallenden Sondervollmachten hat Ulbricht am Wochenende zu einer entscheidenden Regierungsumbildung genutzt. Seinem SSD-Chef erkannte der 1. SED-Sekretär den Ministerrang zu und löste damit das Wollweber-Ministerium gleichzeitig aus dem Zuständigkeitsbereich anderer Regierungsorgane. Ferner setzte er drei „Regierungskommissionen“ ein, die mit erheblichen Vollmachten den neuen Ulbricht-Kurs durchzusetzen haben.

Die Hintergründe dieser „Kommissions“-Bildungen sind sehr aufschlußreich. Ulbricht mißtraut den gerade in Handel und Versorgung noch zahlreich tätigen „bürgerlichen“ Funktionären.

Versorgungsminister Wach (SED) wird von ihm als „Schwächling“ bezeichnet, weil es ihm nicht gelang, den privaten Einzelhandel in der Lebensmittelversorgung auszuschalten. Aus diesem Grund wurde einer der engsten Anhänger des SED-Chefs, der Parteitheoretiker Fred Oelßner, als „Leiter einer Kommission für Konsumproduktion und Versorgung“ berufen. Oelßner erhält dazu den Rang eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Die Berufung des Schwerindustrieministers Selbmann (SED) in den gleichen Rang als Leiter einer „Kommission für Industrie und Verkehr“ wird von allen Beteiligten als Affront gegen das bisher für die gesamte Zonenplanung verantwortliche SED-Politbüromitglied Heinrich Rau verstanden. Der Altkommunist Rau ist heute der schärfste Konkurrent Ulbrichts um die Macht im Parteiapparat und zugleich der Mann mit der ältesten Parteitradition. Nicht zu Unrecht wurde seine Macht zeitweilig größer als die

Ulbrichts eingeschätzt. Die Ernennung Selbmanns nimmt Rau zahlreiche Fäden aus der Hand. Die letzten Monate sind dem SED-Chef an die Nerven gegangen, und er rächt sich nun an seinen vermeintlichen und tatsächlichen Konkurrenten.

### Säuberungen eingeleitet

Eine dritte Kommission für Fragen der Landwirtschaft übernahm der zugleich der SED und der kommunistischen „Bauernpartei“ angehörende „stellvertretende Ministerpräsident“ Paul Scholz. In ihm sieht Ulbricht ein williges Werkzeug zur Ausschaltung seines Konkurrenten Schirdewan aus dem Politbüro. Schirdewan hatte sich in Abwesenheit Ulbrichts zum Landwirtschaftsexperten der SED entwickelt und eigene Theorien über die Kollektivierung der Klein- und Mittelbauern aufgestellt. Die Aufgabe von Scholz wird es daher sein, in mühseliger Arbeit die von Schirdewan während des vergangenen Sommers eingesetzten Landwirtschaftsfunktionäre aufzuspüren und ihrer Posten wieder zu entheben.

Wollwebers Aufgabe aber wird in der Liquidierung jener Funktionäre bestehen, die nach dem Untertauchen Ulbrichts im letzten Frühjahr Morgenluft

witterten und eigene Pläne verfolgten. Wollweber hat Ulbricht über den 17. Juni hinweggeholfen und wird auch diese Arbeit für ihn erledigen. Darüber hinaus ist der SSD-Chef ein erklärter Feind aller „bürgerlichen“ Regierungsfunktionäre. Die Amtsenthebung des LDP-Finanzministers Dr. Loch ist für ihn das Signal zu einer Attacke gegen die wenigen nicht- oder nur teilkommunistischen Mitglieder des Staatsapparates.

### Pläne über Pläne

Man muß unterscheiden: Einmal geht es hier um den „Plan“, den neuen Fünfjahrplan, der am 1. Januar beginnt. Er macht — soll er ungehindert anlaufen und seine Ziele erreichen — derartige Notstandsmaßnahmen erforderlich. Zum anderen aber geht es um persönliche, ehrgeizige Pläne des SED-Chefs, der mit seinen Plänen schon einmal einen 17. Juni heraufbeschwor. Offensichtlich ahnt er diese Gefahr. Die jetzt erfolgte ungewöhnliche Konzentration regierungsamtlicher Macht um die Person eines 1. Parteisekretärs spricht dafür. Sie deutet aber auch darauf hin, daß der Machtkampf in der SED-Spitze nicht beendet ist, sondern erst beginnt. Wieder einmal ist die große ökonomische Politik, wie hier der neue Fünfjahrplan — zu eng mit den ehrgeizigen Privatzielen Ulbrichts verknüpft. Eine Praxis, die allerdings auch im Gegensatz zu den sowjetischen Auffassungen über die „kollektive Verantwortlichkeit“ steht. Die SED befindet sich an einer für sie entscheidenden Jahreswende. Es mag sein, daß die Sowjets mit einem „starken Mann“ in die nächste Runde der Deutschland-Politik gehen wollen

## Die wichtigste Frage

DT. Wenn mit der Kühle einer mathematischen Analyse die heutige Haltung Moskaus geprüft wird, dann wird man zu der Erkenntnis kommen, daß die Sowjets heute eine Lösung der Deutschlandfrage nicht wollen — ganz gleich, welche militärischen Zugeständnisse man ihnen macht. Es gab im ganzen Ablauf der Genfer Konferenz nicht einen einzigen Vorgang, der für das Gegenteil spricht. Vielmehr hat Molotow immer wieder erklärt, daß die Deutschlandfrage für ihn ein Problem zweiten Ranges sei, daß ihre Lösung Zeit brauche, sehr viel Zeit, und daß sie deshalb nur allmählich verwirklicht werden könne.

## Atomstaub — woher?

Freiburg (DPA). Nach Mitteilung des Physikalischen Instituts der Universität Freiburg ist von der letzten Wasserstoffbombenexplosion in der Sowjetunion bisher noch kein radioaktiver Staub über der Bundesrepublik festgestellt worden. Man erklärte, daß Atomstaub von Explosionen in der Sowjetunion etwa 20 bis 30 Tage brauche, um bis zum Bundesgebiet zu gelangen.

Demgegenüber wurde aus mehreren europäischen Ländern von einer Zunahme der Radioaktivität der Luft nach der Atomwaffenexplosion in der Sowjetunion berichtet. In Paris habe das städtische Gesundheitslaboratorium festgestellt, daß der Anteil des radioaktiven Staubes in der Atmosphäre siebenmal so groß wie normal war. Die niederländische Armee in Den Haag sprach in einer Erklärung von einem „auf fallend hohen Anteil radioaktiver Substanzen“. Über eine Erhöhung des Anteils des radioaktiven Staubes in der Luft um 60 Prozent berichtete auch das staatliche schwedische Forschungslaboratorium in Stockholm.

Natürlich hat er auch von der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik als einem Hindernis gesprochen. Wir haben aber auch gehört, daß ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO nicht genüge, weil dann „noch andere Hindernisse“ bestünden. Von diesen anderen Hindernissen hat Molotow vor allem gesprochen. Er sieht sie in der „Realität“ zweier deutscher Staaten von verschiedener Gesellschaftsordnung, und er hat gefordert, daß die beiden Staaten sich zunächst annähern, angleichen und sich dann in einem gesamtdeutschen Staat so vereinen müßten, daß die kommunistischen „Errungenschaften“ Pankows auch das Bild dieses Staates bestimmen.

Was das praktisch bedeutet, das hat Ulbricht soeben nach einem Bericht des „Neuen Deutschland“ in einer „Antwort an sozialdemokratische Funktionäre“ wieder einmal sehr anschaulich geschildert. Er berief sich auf das Potsdamer Abkommen, in dem es heißt, der deutsche Militarismus und Nazismus würden ausgerottet und dem deutschen Volke die Möglichkeit gegeben, die „Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu verwirklichen“. Was zu diesem Ziele geschehen soll, das ist im Potsdamer Abkommen genau bestimmt. In diesen Bestimmungen ist jedoch nicht das geringste von dem zu finden, was Ulbricht ihnen unterstellt, nämlich die Enteignung der Industrie und des Großgrundbesitzes und — hiermit beginnend — die sowjetische Verwandlung ganz Deutschlands. Dennoch sagt er, das sei „die Grundfrage“, um die heute die Auseinandersetzung gehe. Er behauptet sogar, die Westmächte hätten sich mit ihrer Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen zu einer solchen „Demokratisierung“ Deutschlands verpflichtet. Freie Wahlen lehnt er mit der aufschlußreichen Bemerkung ab, daß die zur Wiedervereinigung notwendige Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung noch niemals in der Geschichte mit dem Stimmzettel erzielt worden sei. Die Arbeiterklasse müsse vorher demokratische Garantien schaffen. Gegenüber dieser „Demo-

kratisierung“ Deutschlands ist heute für Moskau alles andere in den Hintergrund getreten.

## Unerbittliche Tatsachen

Das sind die Tatsachen, die Genf unerbittlicher als jemals zuvor enthüllte. Sie sind sehr bedauerlich und sogar empörend. Das ändert aber nichts daran, daß wir sie realistisch zur Kenntnis nehmen müssen, und zwar in dem Willen, sie mit allen geeigneten Mitteln der Politik und der Diplomatie zu verändern und zu überwinden.

Dabei müssen wir uns allerdings über folgendes klar sein. Die sowjetische Lösung der deutschen Frage könnten wir (wenn das von uns allein und nicht auch von den Westmächten abhängt) heute haben: die Neutralisierung, die Isolierung und die Sowjetisierung eines wiedervereinigten Deutschlands. Wer von uns aber will sie? Wir könnten morgen oder übermorgen auch schlechteste Kompromisse abschließen, die unsere Freiheit und unsere Sicherheit in höchste Gefahr brächten. Aber wer unter uns hat den bedenkliehen Mut, sich für das Schlechteste zu beilehen, wenn das Bessere, das wir schließlich erreichen müssen und erreichen werden, noch Zeit braucht?

Das sowjetische Nein ist nämlich ein Nein für heute; es gilt nicht ohne weiteres auch für morgen. Vor allem von uns selbst hängt es ab, ob und wann es zugunsten einer verständigen Lösung seine Geltung verliert. Heute verfolgt das sowjetische Nein vor allem den Zweck, Anfälle auf die russische Schaukel zu locken, die Schwachen noch schwächer und die Ängstlichen noch ängstlicher zu machen. Das Nein soll den Preis drücken, den — wie alle Partner der Deutschlandpolitik — auch Moskau für eine neue Ordnung und Sicherheit in Europa zahlen muß. Wir selbst aber sollen schließlich durch Ungeduld, Schwäche, Ermüdung und Angst zum freiwilligen Ausverkauf aller deutschen Werte verführt werden, mit deren Preisgabe wir uns selbst aufgeben und aus der lebendigen Geschichte auslöschen würden. Das ist das, was wir heute haben können.

## Kaul zurückgewiesen

Karlsruhe (AP/DPA). Der Bundesgerichtshof hat den Ostberliner Rechtsanwalt Dr. Friedrich Kaul (SED) als Verteidiger in einem Landesvertragsverfahren zurückgewiesen. Eine Beschwerde Kauls gegen seinen Ausschluß wurde verworfen.

In diesem Prozeß geht es um Spionage, die von der Sowjetzone aus gegen die Bundesrepublik getrieben wurde. Das Gericht begründete seinen Schritt mit der Gefahr, daß der fremde Nachrichtendienst durch den in seinem Machtbereich wohnenden Anwalt Staatsgeheimnisse der Bundesrepublik erfahren könnte, die beim Verfahren erörtert würden. Kaul gehört zu den Verteidigern der Kommunistischen Partei im Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht.

## Europa

DT. Der Jahreskongreß der Europa-Union in Berlin dürfte dem europäischen Gedanken neuen Auftrieb geben: weil durch die Wahl dieses Tagungsortes die unmittelbare Aktualität der Forderung nach fortschreitender europäischer Vereinigung demonstriert wird. Ohne mit provinziellem Lokalpatriotismus zu behaupten, Berlin sei die Stadt der Zukunft, muß doch erkannt werden, wie sehr das Ost-West-Problem als das Hauptproblem der internationalen Politik um Deutschland kreist und damit um die Stadt Berlin als seinem bleibenden Wahrzeichen. Auf dem Kongreß der „Europäer“ in Berlin wurde klar, daß sie ihr Europäertum nicht nur rückschauend auf das deutsch-französische Grenzgebiet am Rhein, also nicht nur auf den Begriff Straßburg konzentrieren, sondern daß sie sich zu Gesamt Europa bekennen.

Dieses Gesamt Europa muß erst gebildet werden. Und das kann nur geschehen, wenn es wieder organisch geformt und begrenzt wird, wenn die von Osten eingedrungenen Überfremdungen beseitigt und die damit zusammenhängenden Gefahrenherde in den Grenz-

## Moskau wird seine Haltung ändern

### Brentano zur Lage in Genf

Berlin (DPA). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat in einem Gespräch mit in- und ausländischen Journalisten in Berlin gesagt, er glaube nicht, daß die Sowjetunion die scharfe Frontstellung gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands für alle Zukunft beibehalten werde. Die Genfer Ergebnisse seien zwar hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die auch ein illusionsloser Beobachter gehegt habe. Er sei der Meinung, daß zweiseitige Gespräche der Bundesrepublik mit der Sowjetunion nicht das Erreichen könnten, was die vier Mächte in Genf nicht schafften.

Auch neue technische Kontakte mit Vertretern der Sowjetzone würden zu keinem Erfolg führen. Vielmehr liege darin eine politische Gefahr. So gesehen, seien auch die kürzlichen Gespräche der nationalen Olympischen Komitees in Ostberlin kein gutes Beispiel.

Brentano sagte, gegenwärtig sei seiner Meinung nach der künftige innenpolitische Status Deutschlands für die Sowjet-

union wichtiger als der außenpolitische. Mit dem sowjetischen Argument, „die Errungenschaften der DDR“ müßten auf ganz Deutschland übertragen werden, gebe es kein Paktieren.

Zur Frage der Handlungsfreiheit Deutschlands nach einer Wiedervereinigung betonte der Minister, daß keine Mächtegruppe in der Welt von vornherein einem wiedervereinigten Deutschland alle Sicherheitsgarantien geben könne. Er sei überzeugt, daß auch die Sowjetunion erkennen werde, daß eine erzwungene Neutralisierung Deutschlands eine erhöhte Gefahr nicht nur für Mitteleuropa bedeuten würde.

## Spaak: Preis nennen!

Berlin (Eigenmeldung). Für eine stärkere Initiative der Deutschen bei der Wiederherstellung der Einheit hat sich der belgische Außenminister Spaak in Berlin eingesetzt. Die Deutschen sollten nicht immer auf die Verantwortung der vier Mächte pochen, sondern selbst einmal den Preis nennen, den sie für die Wiedervereinigung zu zahlen bereit wären. Über eines müsse man sich nach der Genfer Konferenz allerdings im klaren sein: die Sowjets verlangten einen hohen Preis. Den Sowjets gehe es nicht mehr um die Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO — „dieses Stadium ist überholt“ —, sondern um die Sowjetisierung ganz Deutschlands.

Eine rangmäßige Bewertung der Probleme Integration Europas und Wiedervereinigung Deutschlands lehnte Spaak ab. Ebenso bezeichnete er die Schaffung eines neutralen wiedervereinigten Deutschlands innerhalb eines vereinigten Europas als undurchführbar.

gebieten des heute lediglich bestehenden Klein-Europa ausgelöscht werden. Der Europagedanke, nach dem Kriege mit Begeisterung aufgegriffen, hat viel von seiner anfänglichen Verve verloren; Grenzpfähle werden heute nicht mehr mit imponierender jugendlicher Begeisterung verbrannt. Sachlichkeit und Nüchternheit sind in die Debatten der europäischen Gremien eingezogen, ohne dadurch allerdings so fruchtbar zu werden, wie es viele in begreiflicher Ungeduld ersehnen. Man strebt mit Zähigkeit nach Erfolgen, was Zeit fordert.

Geblichen sind Hoffnung und Glaube an die Richtigkeit von Weg und Ziel, trotz aller Hindernisse. Geblichen ist die Liebe zum europäischen Kontinent über alle Grenzen hinweg. Realistische Aufgabe wird es deshalb gerade für diese große Organisation sein, den Willen zu Europa wachzuhalten, nicht weil Europa eine „Idee“ ist, sondern eine praktische Notwendigkeit. Historisch begründet, von der Gegenwart angesichts der massierten Bedrohung Europas energisch herausgefordert, soll mit fortschreitender europäischer Vereinigung die Voraussetzung einer stabilen Zukunft geschaffen werden.

## Agrément für Sorin erteilt

### Demarche wegen Unterbrechung der Heimkehrer-Transporte

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung hat dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin das Agrément als erster Sowjetbotschafter in Bonn erteilt. Eine entsprechende Mitteilung wurde am Donnerstag dem sowjetischen Botschafter in Paris übergeben.

Gleichzeitig unternahm die Bundesregierung auf dem gleichen Wege eine Demarche bei der Sowjetregierung wegen der Unterbrechung der Heimkehrertransporte. Es wird um Auskunft über die Gründe der Verzögerung gebeten.

### Schnörkel am Wolga-Don-Kanal

Moskau (DPA). Nach der heftigen Kritik von Partei und

Regierung an dem äußeren Prunk des sowjetischen Baustils hat das Moskauer Regierungsorgan „Iswestija“ auch gegen den Chefkonstrukteur des Wolga-Don-Kanals Stellung genommen. In einem Aufsatz wird der Konstrukteur Poljakow beschuldigt, er habe beim Bau des Kanals Millionen von Rubel für unnötige Verzierungen — wie Türme, Kolonnaden, Reliefs und Arkaden — an den Wasserkraftwerken und Schleusen des Kanals verschwendet. Poljakow wurde erst vor kurzem ein Stalin-Preis wegen Verschwendung von staatlichen Mitteln beim Bau eines Moskauer Hochhaushotels ab-erkannt.

## Indien kritisiert Bulgarien

Neu Delhi (AP/DPA). Zum erstenmal hat die indische Presse das Verhalten des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin während seines Besuches in Indien kritisiert. Die einflußreiche „Times of India“ verurteilt die Rede Bulganins vor dem indischen Parlament und erklärt, der Ministerpräsident habe durch seine Angriffe auf die Westmächte „das Risiko auf sich genommen, seine Gastgeber in Verlegenheit zu bringen“.

Der „Indian Express“ fragt: „Wäre es nicht an der Zeit, das Kominform zu liquidieren und dadurch allen Verdächtigungen hinsichtlich der sowjetischen Ziele den Grund zu nehmen?“ Die Koexistenz dürfe nicht nur als Glaubensbekenntnis hingestellt werden, sondern müsse auch gelebt werden.

## Behutsamkeit und Zwang

### Die Jugend in Ost und West

Berlin (Eigenbericht). Zehn Jahre Nachkriegszeit haben auch durch die deutsche Jugend eine Kluft gezogen. Und der Graben zwischen Ost und West wird, je länger er besteht, eher tiefer als flacher. Über diese Situation hielt Prof. Gerhard Möbus, Dozent für Psychologie an der Hochschule für Politik, einen Vortrag in der stark beachteten Reihe „Die beiden Deutschland“.

Wie sieht nun die Reaktion der Umworbenen auf alle Bemühungen aus? Prof. Möbus gab die Antwort unter Bezugnahme auf das Ergebnis einer Repräsentativbefragung, durchgeführt von der Hörerforschung des NWDR. Von den männlichen Jugendlichen, im Alter von 15 bis 24 Jahren, bekundeten 64 Prozent ihr Interesse für Politik. Mädchen antworteten zu 41 Prozent mit „Ja“. „Wenn es eine politische Partei gäbe, die Ihren Interessen entspricht, würden Sie dann ihr beitreten?“ Diese Frage bejahten 37 Prozent der Befragten, 55 Prozent erklärten „Nein“.

Der „bewußten Behutsamkeit“, mit der auf die Jugendlichen der Bundesrepublik eingewirkt würde, stellte Möbus den staatlichen Zwang in der Sowjetzone gegenüber.

Der Zwiespalt, der zwischen den Jugendlichen in Ost und West liegt, ist jedoch nicht nur organisatorisch begründet. Wie Möbus es formulierte, reicht dieser Zwiespalt in die „letzte Fundierung des Menschseins“ hinein. Die Möglichkeit, diesen Bruch nach dem Tage der Wiedervereinigung zu beheben, muß die Erwägungen aller leiten, die sich mit konkreten Plänen für die Zusammenführung des geteilten Deutschland befassen.



ALTREICHSKANZLER HEINRICH BRÜNING feierte am Sonnabend seinen 70. Geburtstag.

# SED muß „Jugendweihe“-Taktik ändern

## Gefährliche Diskussionen und „ideologische Fehlschläge“

Die kommunistische „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“, eine Tarnorganisation auf der Basis der sowjetischen Gottlosenbewegung, stellt gegenwärtig ernsthaftige Untersuchungen über die Erfahrungen an, die in der Sowjetzone mit den „Jugendweihen“ gemacht werden konnten. Ihre vorläufigen Feststellungen gipfeln in drei Punkten:

1. Es ist auf Grund der angewandten Zwangsmaßnahmen möglich, den größeren Teil der in Frage kommenden Jugendlichen zu erfassen.

2. Der ideologisch-erzieherische Wert ist in fast allen Fällen gleich Null.

3. Die jetzt geübte Praxis beschwört weltanschauliche Diskussionen mit den Erwachsenen herauf, die nicht im Sinne einer politischen Beruhigung liegen.

Die dem Präsidium der Tarn-gesellschaft angehörende SED-Professorin Hanna Wolf nahm zu diesen Fragen auf einer Pressekonferenz Stellung, zu der nur Vertreter Ostberliner Zeitungen geladen waren. Sie stellte den fragwürdigen Erfolg der „Jugendweihen“ den schwerwiegenden Auseinandersetzungen gegenüber, die es gerade in den ländlichen Gemeinden der Zone darüber gegeben hat. Es hat Fälle gegeben, erklärte Frau Wolf, wo Bauern offensichtlich die Ablieferung sabotiert hätten, weil man weltanschauliche Druckmaßnahmen auf sie ausübte. In anderen Fällen haben Eltern ihre Kinder sogar von der Oberschule genommen, um der Jugendweihe zu trotzen. „Diese Jugendlichen sowohl wie ihre Eltern sind dann natürlich für uns verloren“, meinte die SED-Professorin.

Von anderen Rednern der SED-Gesellschaft wurde es als gefährlich bezeichnet, Fragen

wie die der Jugendweihe auf der Leserbriefseite einer Zeitung zu diskutieren. Die Ostberliner „BZ am Abend“ hatte dies versucht. Das Echo aus der Bevölkerung habe gezeigt, daß daraus nicht mehr eine Debatte über die Jugendweihe an sich erwachse, sondern eine mitunter gefährliche Diskussion über politische und Fragen der Weltanschauung überhaupt. Man müsse im kommenden Jahr versuchen, die „Jugendweihen“ doch noch „geschickter zu organisieren“. Die meisten Eltern würden diesen Zwangsunterricht zum Anlaß nehmen, um sich mit ihren Kindern in negativem Sinne über die SED-Politik auseinanderzusetzen. Dieser elterliche Einfluß sei jedoch noch immer größer einzuschätzen als die oftmals unqualifizierten Unterrichtsstunden der Jugendweihe-Vorbereitungszeit.

### Pawlow als Eisenbahner!

Mit der Frage, ob ein 13- bis 14jähriges Kind den hier gebo-

tenen atheistischen Unterricht geistig überhaupt zu erfassen vermag, mußte sich SED-Minister Wandel kurz zuvor auf einer Lehrerkonferenz im Ostberliner Friedrichstadtpalast befassen. Wandel erläuterte ein Experiment, das man im Ministerium für Volksbildung mit solchen Kindern machte, die im vergangenen Jahr an der Jugendweihe teilnahmen. Ihnen wurden die gleichen Prüfungsfragen gestellt wie vor einem Dreivierteljahr. Das Ergebnis: Nur 15 Prozent aller Fragen konnten überhaupt beantwortet werden, die Hälfte davon falsch!

Ein Junge erwiderte auf die Frage nach dem sowjetischen Physiologen Pawlow: „Ja, das war doch ein Verdienter Eisenbahner!“ Und auf die erstaunte Frage des Ministers, wie er darauf komme, sagte der Prüfling unbefangen: „Na, der hat doch das Signalsystem erfunden!“ Selbst der SED-Minister sagte, er habe sich danach gefragt, ob es Sinn habe, 13jährige Kinder mit der Pawlowschen Theorie der Signalreflexe im Nervensystem zu belasten.

### Verschleierungsmethode

Ein Lehrer erklärte offen: „Dann geben wir den Kindern lieber gleich das ‚Kommunistische Manifest‘ zum Lesen und richten dabei wenigstens keinen Schaden in der späteren wissenschaftlichen Ausbildung an!“ Die jetzt auf Grund dieser und zahlreicher anderer Diskussionen angestellten Überlegungen der SED-Gesellschaft zielen darauf ab, den Zwang zur Jugendweihe im kommenden Jahr leicht zu vermindern und die Jugendlichen durch eine Erweiterung des mit dem Unterricht verbundenen Ausflugs- und Beschäftigungsprogramms für die FDJ-Weihe zu ködern. Durch eine Umstellung der Propaganda und eine Verschleierung des Lehrplans der Vorbereitungsstunden soll gleichzeitig den Eltern der Eindruck genommen werden, daß ihre Kinder einem Gottlosen-Unterricht beiwohnen.

## Erzbischof Berning gestorben

### Diözese Osnabrück verwaist

Osnabrück (KNA). Im Alter von 78 Jahren ist der Bischof der Diözese Osnabrück, Erzbischof Dr. Wilhelm Berning, nach längerem Leiden an Herzschwäche gestorben.

Erzbischof Berning entstammt einer Handwerkerfamilie des Emslandes. Nach theologischen und philosophischen Studien in Münster und Breslau wurde er 1900 zum Priester geweiht. Im Jahre 1914 erhielt er erst 37jährige Religionslehrer in Meppen die

Bischofsweihe. Die Diözese Osnabrück reicht von Emden bis Rostock und zählt gegenwärtig rund 850 000 Gläubige, 860 weltliche und Ordensgeistliche. Ein weites Gebiet der Diözese erstreckt sich auf die sowjetisch besetzte Zone.

Zahlreiche Beileidskundgebungen, unter ihnen die des Bundespräsidenten Professor Heuss und des Bundeskanzlers Dr. Adenauer, würdigen die kirchliche und öffentliche Tätigkeit des Verstorbenen.

## Materialbasis wird entzogen

**Einkaufsgenossenschaften sollen gleichgeschaltet werden**

Große Unruhe hat unter den sowjetzonalen Handwerkern die von der SED angekündigte Umbildung der „Einkaufs- und Liefergenossenschaften“ ausgelöst. Unter der Beschuldigung, diese echten Genossenschaften entwickelten sich zu Konkurrenten der von der SED geförderten „Handwerklichen Produktionsgenossenschaften“, bereitet eine „Satzungskommission“, bestehend aus SED- und Staats-Vertretern, gegenwärtig die Zerschlagung dieser letzten wirtschaftlichen Stütze vieler Handwerker vor.

Die angegriffenen Genossenschaften haben bisher mit leidlichem Erfolg versucht, den privaten Handwerkern Rohstoffe und Werkzeuge im Rahmen der von den Produktionsgenossenschaften (HPGs) nicht benötigten Bestände zu beschaffen. Viele Handwerker haben selbst aus diesen geringen Materialien billigere und bessere Waren gefertigt als die staatlichen HPGs. Besonders auf den bezirklichen Handwerksmessens trat die Überlegenheit des selbständigen Meisters klar zutage.

Alle Versuche der SED, diesen konkurrierenden „Freien Handwerkern“ daraufhin die Materialbasis zu entziehen, scheiterten bisher an der Existenz der von den Handwerkern selbst dirigierte Einkaufs- und Liefergenossenschaften. Aus ihnen erwachsen wahrhafte Selbsthilfe-Organisationen. Ihre Zerschlagung würde manchen Handwerker zwingen, früher oder später in die „HPG“ einzutreten.

Von der SED wird dabei verschwiegen, daß der jetzt tätigen „Satzungskommission“ bereits ein Musterstatut vorliegt,

an dem kaum ein Handwerker etwas ändern können wird. Dieses Statut behält den HPGs einen absoluten Mehrheits-Einfluß in den neuen Einkaufsgenossenschaften vor. Die HPG ist dadurch in die Lage versetzt, jeden konkurrierenden Privathandwerker durch Entziehung der Materialbasis zu vernichten.

### Warnung vor Krediten

Gleichzeitig versuchen Beauftragte der Handwerkskammern, private Handwerker staat-

liche Kredite aufzudrängen. Sie tun dies unter Hinweis auf eine angeblich „rückständige Produktionsweise“ des betreffenden Betriebes, die den Planablauf behindere. Nimmt der Handwerker diese Kredite an, wird er mit einer Handwerklichen Produktionsgenossenschaft parallel geschaltet. Er arbeitet als ihr Zubringer, wird von ihr bezahlt und früher oder später auch von ihr geschluckt. Nur ganz wenigen Handwerkern ist es gelungen, sich trotz der Annahme dieser Kredite ihre Selbständigkeit zu bewahren.

Im kommenden Jahr will die SED — so sieht es der Plan vor — mehr als 100 HPGs allein in den Großstädten organisieren. Tausende noch unabhängiger Handwerker müßten ihre Existenz aufgeben, wenn dieses Programm realisiert werden soll. Die „Einkaufs- und Liefergenossenschaften“ waren ein letzter Selbstschutz gegen die Kollektivierung.

## Der Kirchenkampf geht weiter

**Neue Schikanen Pankows**

Berlin (epd/DPA). Der Kirchenkampf in der Sowjetzone wird durch neue Schikanen fortgesetzt. Künftig dürfen kirchliche Zeitschriften nicht mehr durch Sammelbestellungen von den Gemeinden oder Pfarrämtern bezogen und, an einzelne Gemeindeglieder weitergeleitet werden.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde von den sowjetzonalen Behörden der Vertrieb des

sächsischen Kirchenblattes „Der Sonntag“ vom 30. November verboten. Es wurde Anstoß an einem Artikel des Blattes genommen, in dem es u. a. heißt: „Glaubt man nicht mehr an Gott, ist ein Ersatz für ihn nötig, denn es muß doch weiter regiert, ein völliges Chaos verhindert werden. Solcher Ersatz findet sich in Ideologien, in den Mitteln der Propaganda und schließlich in der Gewalt.“

## 10 Milliarden für die Aufrüstung

**Geflüchteter Finanzexperte berichtet**

Berlin (DPA). Die Sowjetzonenrepublik gibt auf Grund privater Berechnungen von Angehörigen des Finanzausschusses der Volkskammer jährlich etwa zehn Milliarden Mark für die Aufrüstung aus. Das sagte am Montag der am Wochenende nach Westberlin geflüchtete LDP-Abgeordnete Prof. Herdegen, der Mitglied des Finanzausschusses war.

Der Finanzausschuß werde über die Wehrausgaben der Sowjetzone nicht unterrichtet. Es sei aber anzunehmen, daß die tatsächlichen Aufwendun-

gen mehr als die geschätzten zehn Milliarden betragen.

Zur Umbildung der Sowjetzonenregierung sagte Herdegen, sie werde eine Verschärfung des politischen Kurses mit sich bringen. Durch den Rücktritt Lochs als Finanzminister habe die LDP ihren letzten Fachminister verloren. Der jetzige Minister Rumpf (SED) sei im vergangenen Jahr in der Sowjetunion geschult worden.

Herdegen war mit seiner Frau und seiner zehnjährigen Tochter nach Westberlin gekommen.

### Amtliche Schnüffel-Aktion

Berlin (DPA). Zusammen mit den Lebensmittelkarten für Dezember sind vom Ostberliner Magistrat an alle Einwohner Formulare ausgegeben worden, auf denen unter anderem eidesstattliche Erklärungen darüber verlangt werden, ob die Arbeitsstelle, die Studienanstalt oder die Schule in Ost- oder Westberlin liegt. Nach Informationen des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen sollen die Fragebogen in erster Linie dazu dienen, alle der Ostberliner Verwaltung noch nicht bekannten Grenzgänger zu ermitteln.

## Geheimnisvolle Ruinenstadt entdeckt

### Deutsche Forscher fanden Inkasiedlung in Bolivien

München (AP). Der Bergsteiger, Kameramann und Urwaldforscher Hans Ertl ist von einer 14monatigen Filmexpedition aus Südamerika zurückgekehrt. Im Urwald Boliviens, am Fuß der Kordilleren, hat er die Reste einer Stadt entdeckt, in der er das sagenhafte Inkaheiligtum Paititi vermutet, wo im 16. Jahrhundert die Inkas ihre letzte Zuflucht vor den spanischen Eroberern gefunden haben sollen.

Ertl hat bereits deutsche und amerikanische Archäologen eingeladen, in einem Jahr mit ihm in die Ruinenstadt zu reisen, um dieser Vermutung auf den Grund zu gehen. Auf einer Fläche von etwa zehn Quadratkilometern fand er die Grundmauern zahlreicher Gebäude sowie Reste von Gräbern, in denen Waffen und Bronzeschmuck mit verschiedenen Inkasymbolen lagen.

Die mutmaßliche Lage Paititis war ihm von deutschen und bolivianischen Wissenschaftlern annähernd bezeichnet worden. Er habe die Entdeckung aber nur dem Zufall zu verdanken, daß ein von ihm erlegtes Tier in ein Gemäuer fiel, berichtete

Ertl. Die Ruinen seien so von Unterholz und Schlingpflanzen überwuchert, daß man sie teilweise aus zwei Meter Entfernung noch nicht habe erkennen können. Ertl, der Kameramann der deutsch-österreichischen Nanga-Parbat-Expedition von 1963, war u. a. vom Schlangenfänger Rudi Braun begleitet.

### In Uniform in Paris

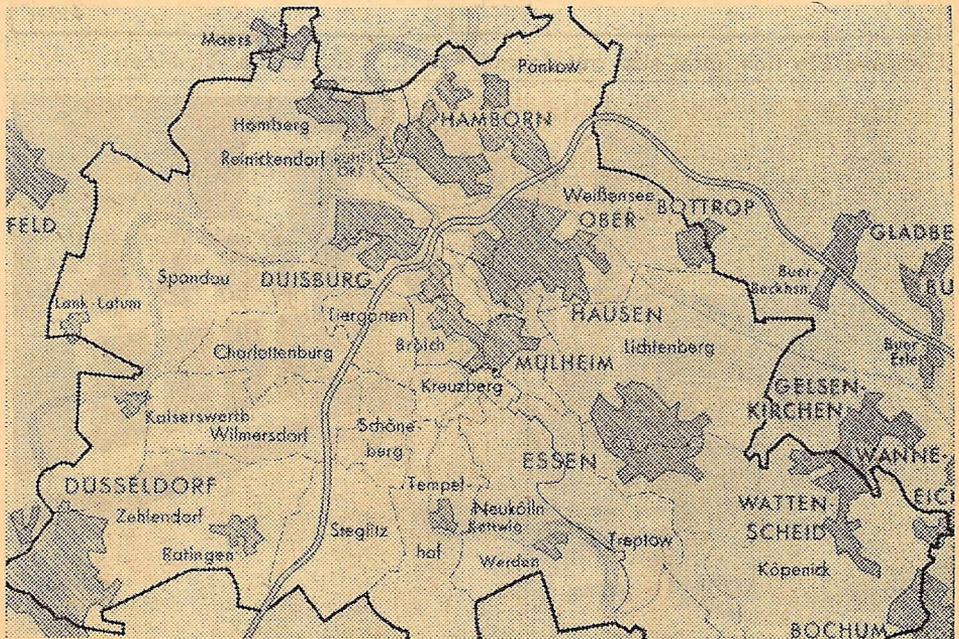
Paris (DPA/AP). Generalleutnant Heusinger, Vorsitzender des Führungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, hat in Paris mit dem NATO-Oberbefehlshaber, General Gruenther, Fragen der beschleunigten Ausbildung der deutschen Streitkräfte im NATO-Rahmen

besprochen. Heusinger trug zum erstenmal in Paris die neue deutsche Uniform, von der ein hoher britischer Offizier sagte: „Wirklich gut und schnittig.“

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

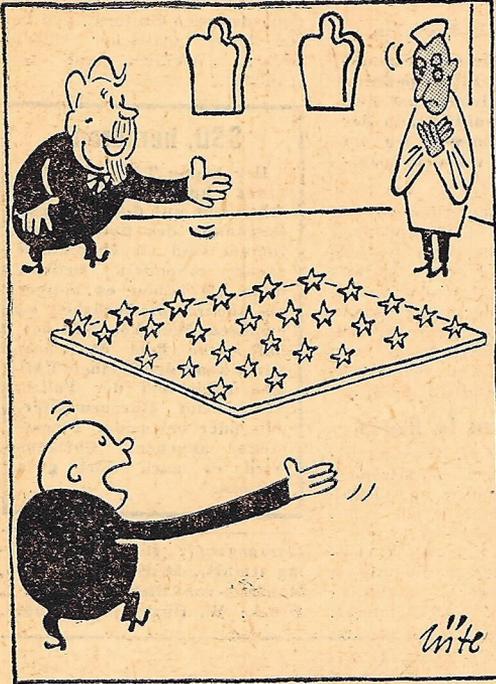
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.



SO GROSS IST BERLIN! Die Gebietsfläche der deutschen Hauptstadt entspricht fast der Größe des „Kohlenpotts“. Diese interessante Darstellung ist dem im Entstehen begriffenen „Berlin-Atlas“ der Akademie für Raumforschung und Länderplanung in Hannover entnommen.

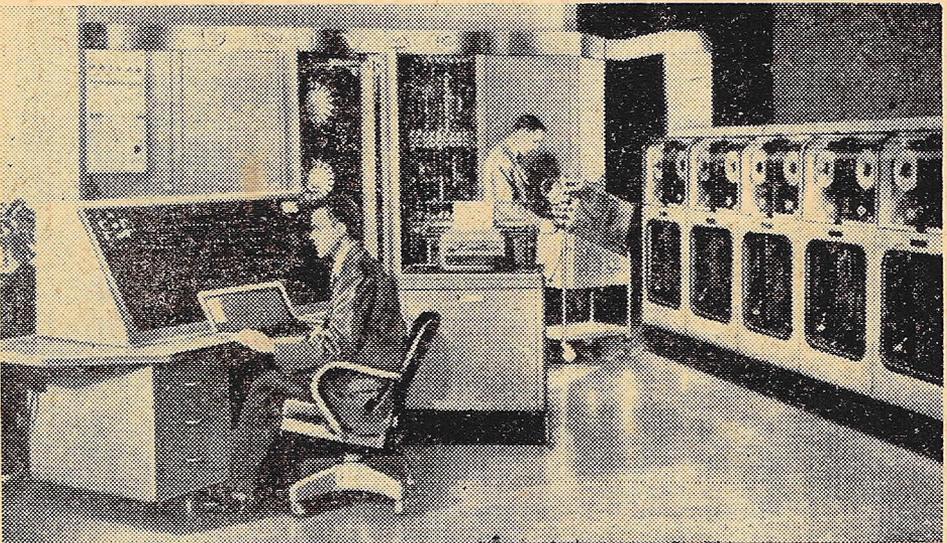
In Indien

Europa-Kundgebung am „Funkhaus“



„Glauben Sie uns, man sitzt gut darauf!“

Schlechte Aussicht!



**BILD DER WOCHE:** Dieses größte Elektronengehirn Europas wird im Frühjahr als Rechenzentrum in Frankfurt a. M. errichtet. Sein Name ist „Univac“.